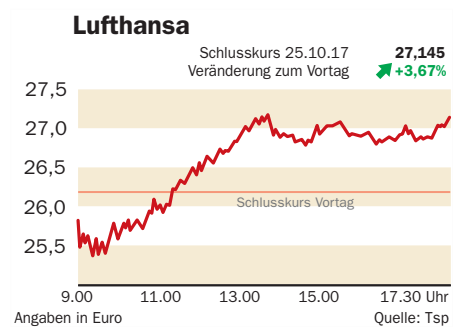


## KURVE des Tages



**Lufthansa-Aktien** setzten ihren Höhenflug unvermindert fort. Hintergrund sind die von Unternehmenschef Spohr genährten Übernahmegerüchte um die insolvente italienische Fluggesellschaft Alitalia.

## PARKETT Geflüster

Der Bundesfinanzhof hat entschieden, wann professionelle Pokerspieler Einkünfte versteuern müssen. Entscheidend dabei ist, ob der Spieler das Geld für seine Teilnahme erhält oder nur dann bekommt, wenn er ein bestimmtes Ergebnis erzielt. Zahl der Veranstalter unabhängig von der Platzierung eine Vergütung, unterliegt diese der Umsatzsteuer. Zahl der Veranstalter das Preisgeld hingegen nur an erfolgreiche Teilnehmer, muss der Pokerspieler für den Gewinn keine Umsatzsteuer abführen. Erfolg lohnt sich eben manchmal sogar doppelt.

## NACHRICHTEN

**Grüne gegen Glyphosat**  
BERLIN - Die Grünen wollen nun auch in den Jamaika-Sondierungsgesprächen mit Union und FDP für ein Verbot des Unkrautvernichtungsmittels Glyphosat kämpfen. Das Mittel sei möglicherweise krebserregend und es „wissen alle, dass es dazu beiträgt, dass das Insektensterben immer weiter geht“, sagte Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt am Mittwoch in Berlin. Sie wandte sich strikt dagegen, die EU-Genehmigung für Glyphosat nochmals zu verlängern.

**Siemens konkretisiert Einschnitte**  
MÜNCHEN - Nach Spekulationen um neue drastische Einschnitte beim Elektrokonzern Siemens will die Konzernführung die Arbeitnehmervertreter rascher über die Lage in den betroffenen Sparten informieren, als bisher geplant. Bereits für diesen Donnerstag sei eine außerordentliche Sitzung des Wirtschaftsausschusses geplant, heißt es in Unternehmenskreisen. Ursprünglich sollte das Gremium, in dem die Konzernführung Arbeitnehmervertretern Entwicklungen in einzelnen Geschäftsbereichen vorstellt, erst am 8. November tagen.

**Britische Wirtschaft wächst**  
LONDON - Die britische Wirtschaft sich wieder etwas erholt. Zwischen Juli und September legte das Bruttoinlandsprodukt um 0,4 Prozent zu, wie das Statistikanat des Landes am Mittwoch in London mitteilte. Das ist mehr als im zweiten Quartal, als nur 0,3 Prozent erreicht wurden. Als Säule des Wachstums erwies sich im Sommer der Dienstleistungssektor. Aber auch die Industrie sorgte für Schub.

**Mehr Geld für Lidl-Mitarbeiter**  
NECKARSULM - Die 156 000 Mitarbeiter von Lidl und Kaufland in Deutschland erhalten mehr Geld. Die Tarifbeschäftigten der Schwarz-Gruppe bekommen in zwei Stufen in den nächsten beiden Jahren insgesamt je drei Prozent mehr Gehalt, wie die in Neckarsulm (Kreis Heilbronn) ansässigen Unternehmen am Mittwoch mitteilten. Damit liege die Steigerung über dem jüngsten Tarifabschluss im Einzelhandel, heißt es. Dort bekommen die Angestellten laut Angaben zum 1. Juni 2,3 Prozent mehr Geld und zum 1. April 2018 weitere 2,0 Prozent.

**Bombardier mit Triebwerksproblem**  
MONTREAL - Bombardier kann wegen Problemen mit dem zugelieferten Triebwerk in diesem Jahr möglicherweise weniger Mittelstrecken-Flugzeuge seiner neuen „C-Series“ ausliefern als geplant. Eigentlich sollten 30 Maschinen an die Kunden übergeben werden, doch zwei Monate vor dem Jahresende sind es erst zwölf. Es hakt beim Zulieferer United Technologies, der einige der GTF-Triebwerke seiner Tochter Pratt & Whitney zurückhält, nachdem sie im laufenden Betrieb Probleme offenbart hatten.

## ENDE EINES WETTBEWERBS Die Lufthansa fliegt von Rekord zu Rekord, Air Berlin verschwindet

# „Wir sind wieder in der Offensive“

Lufthansa-Chef Carsten Spohr präsentiert einen Rekordgewinn und bekräftigt Interesse an Alitalia

VON ROLF OBERTREIS

FRANKFURT AM MAIN - Die Lufthansa steht vor ihrem dritten Rekordjahr in Folge. Mit 2,6 Milliarden Euro erzielte die Airline in den ersten neun Monaten das beste Betriebsergebnis ihrer Geschichte. „Die Lufthansa ist wieder in der Offensive“, sagte Vorstandschef Carsten Spohr am Mittwoch bei der Vorlage der Zahlen. „Wir können wieder gezielt in unser Wachstum investieren und uns aktiv an der Konsolidierung des europäischen Luftfahrt-Marktes beteiligen.“ Lufthansa wird Teile von Air Berlin übernehmen und bewirbt sich auch für Bereiche der insolventen Alitalia. Bei Air Berlin hofft Spohr bis zum Jahresende auf grünes Licht durch die EU-Kommission. Dauert es länger, könnte es dem Lufthansa-Chef zufolge für die Luftfahrtgesellschaft Walter (LGW) mit ihren knapp 900 Beschäftigten, die Lufthansa von Air Berlin übernimmt, knapp werden. EU-Wettbewerbs-

kommissarin Margrethe Vestager sagte der „FAZ“, die Lufthansa werde wohl Strecken abgeben müssen, damit die Kommission grünes Licht für den Deal gibt. Die bisherigen Routen von Air Berlin und Lufthansa würden sich teilweise überschneiden. „Auf einigen Strecken gibt es jetzt einen sehr hohen Marktanteil oder sogar ein Monopol.“ Daraus resultierende höhere Preise und schlechterer Service müssten verhindert werden.

Spohr will Anfang 2018 mit der Integration von LGW und Niki beginnen. Mit den bereits von Air Berlin für die Lufthansa-Tochter Eurowings und Austrian geleasteten 35 Air-Berlin-Flugzeugen übernimmt Lufthansa 81 Flugzeuge von Air Berlin. Von LGW und Niki kommen damit 1700 Beschäftigte zu Eurowings, für weitere 1300 Air Berliner werden dort Stellen ausgeschrieben. Spohr zufolge investiert Lufthansa rund 1,5 Milliarden Euro, davon entfallen 210 Millionen auf die Übernahme von Niki und LGW. Möglicherweise übernimmt Lufthansa weitere fünf Airbus A 320 von Air Berlin als



Am Ziel: Der Lufthansa-Vorstandsvorsitzende Carsten Spohr hat den zähen Tarifkonflikt mit den Piloten überstanden und nun mit Air Berlin den stärksten Konkurrenten hierzulande verloren.

Reserve. Ab 2019 sollen die ehemaligen Air-Berlin-Maschinen und -Beschäftigten einen positiven Beitrag zum Lufthansa-Ergebnis leisten. Eine Beteiligung von Lufthansa an der geplanten Transfersgesellschaft für die Air-Berlin-Beschäftigten, die nicht bei Lufthansa oder anderen Käufern unterkommen, lehnte Spohr am Mittwoch erneut ab. Lufthansa sei sich gleichwohl ihrer Verantwortung bewusst und werde ihr Angebot auf den innerdeutschen Strecken in den nächsten Wochen mit dem Einsatz größerer Maschinen, etwa von Jumbo-Jets zwischen Frankfurt und Berlin oder von Airbus A 340 Langstreckenjets zwischen München und Berlin wahrnehmen, wenn ab kommendem Samstag 80 bis 90 der Air-Berlin-Jets nicht mehr in die Luft gehen. „Deren Ausfall kann aber niemand kompensieren. Es wird in den nächsten Wochen ruckeln“, sagte

Spohr. Für frei werdende Start- und Landrechte werde sich Lufthansa bewerben. Im Ausland am Boden gebliebenen Air-Berlin-Passagieren will Spohr mit einem Rabatt von 50 Prozent auf Lufthansa-Tickets entgegenkommen. Das Engagement bei Air Berlin und die Investitionen von 1,5 Milliarden Euro kann sich die Lufthansa locker leisten. Der Umsatz kletterte in den ersten neun Monaten von 2,9 Milliarden auf 26,8 Milliarden Euro, die flüssigen Mittel erhöht sich trotz höherer Investitionen um 80 Prozent auf 2,8 Milliarden Euro, die Netto-Finanzschulden sanken im Verlauf des Jahres von 2,9 Milliarden auf 521 Millionen Euro. Alle Gesellschaften des Konzerns - Lufthansa, Swiss, Austrian, Eurowings und Brussels Airlines sowie die Technik-, Fracht- und Catering-Sparte - konnten ihre Ergebnisse steigern. Die Billig-Tochter Eurowings wird Spohr zu-

folge mittelfristig auf 210 Flugzeuge und 10 000 Beschäftigte wachsen und pro Jahr fünf Milliarden Euro umsetzen. Wichtiger Teil des Erfolgs ist nach Angaben von Spohr die Anfang Oktober endgültig unterschriebene Vereinbarung mit den Piloten. Sie werde ab 2018 zu jährlichen Einsparungen von 150 Millionen Euro führen. Mit der Vereinbarung habe man die Sozialpartnerschaft bei der Lufthansa neu definiert und Vertrauen aufgebaut, sagt Spohr. Die Lufthansa schaffe jetzt 700 Stellen für junge Piloten und 600 Stellen für Kapitäns-Anwärter. Trotz der Erfolge muss Spohr zufolge die Kostenoptimierung ganz oben auf der Tagesordnung bleiben. Nur so könne die Lufthansa weiter wachsen, die Branche aktiv gestalten und „Nummereins“ für Kunden, Mitarbeiter und Aktionäre sein.

— Meinungsseite

## Das Leben vor dem Braten

Beim Fachforum Landwirtschaft diskutieren Branche und Kritiker, wie Nutztiere gehalten werden sollen

BERLIN - Sich zu fragen, wie man mit Tieren vernünftig umgehen könne, bevor sie zu Nuggets verarbeitet werden, sei eine Perversion von Ethik, sagt Peter Kunzmann, Professor an der Tierärztlichen Hochschule Hannover. „Das Leben vor dem Braten gibt es nur, weil es ein Leben für den Braten gibt.“ So heiße es in unserem Gesetz schließlich nicht, dass wir Tiere nicht leiden lassen, sondern, dass wir sie nicht unnötig leiden lassen wollen. Natürlich sei das moralisch relevant: „Weil Tiere ihr Leben subjektiv erleben können. Das ist hinreichend bewiesen.“ Für Claudia Salzborn vom Deutschen Tierschutzbund steht deshalb fest: Es reicht nicht, wenn ein Tier satt und sauber ist. Bedarf ist nicht gleich Bedürfnis. „Hat ein Schwein keine Schwielen, heißt das noch nicht, dass es gut gelebt hat.“ Die Tierschützerin prangert gängige Praktiken wie das betäubungslose Amputieren von Schnäbeln und Schwänzen an, „die oft auch noch als Tierschutzmaßnahmen verkauft werden.“

Im Fachforum Landwirtschaft des Tagesspiegels diskutierten Branchenvertreter und -kritiker am Mittwoch in den Vorkabinen, wie Nutztiere in Deutschland leben sollen - und zu welchen ökonomischen Rahmenbedingungen. Philipp Schulze-Esking von der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG) betont, dass Nutztierhaltung auch dem Landwirt nutzen müsse. „Wenn Landwirte aufgeben und Fleisch aus Ländern mit geringeren Standards importiert wird, haben wir für das Tierwohl wenig erreicht.“

Aus Sicht der Katholischen Kirche sind Tiere Mitgeschöpfe, muss Tierhaltung an der Würde des Tieres ausgerichtet sein, erklärt Gabriela Schneider vom Kommissariat der Deutschen Bischöfe. Sie verweist auf Papst Franziskus, der den Mensch als verantwortlichen Verwalter der Schöpfung definiert. Bernhard Hörning von der Hochschule Eberswalde konstatiert: Tiere brauchen zunächst mehr Platz, mehr Beschäftigung und unterschiedliche Bodenqualitäten. Für diese drei Maßnahmen veranschlagt er branchenweit drei bis fünf Milliarden Euro im Jahr. Ein Musterland ist aus seiner Sicht die Schweiz. „Die hat die Besonderheit, dass sie sich abschotten kann“, wendet Schulze-Esking von der DLG ein. „Das funktioniert in Deutschland nicht.“

„Muss denn Tierhaltung „human“ sein?“, wird die Frage im Publikum aufgeworfen. Ist der Mensch der richtige Maßstab für tierrichtige Haltung? „Schulden wir den Tieren andauernden Urlaub?“ Auch diese Frage dürfe man stellen, sagt Tierethiker Kunzmann. Salzborn hält dagegen: „Hier ist noch kein Schwein totgestreichelt worden.“ Mehrere anwesende Landwirte beklagen, dass sie seit Jahren das täten, was von ihnen erwartet werde. „Ich habe in größere Hühner- und Schweineställe und Windkraft investiert, auf Biogas umgestellt. Am Ende heißt es trotzdem, ich mache alles falsch.“ Werner Schwarz vom Deutschen Bauernverband bemängelt fehlende Akzeptanz und Anerkennung in der Bevölkerung. Christoph Selhorst, der



Artgerecht, klimaneutral, günstig. So hätten die Deutschen es gern.

im Münsterland einen Schweinemastbetrieb mit 3000 Tieren auf 150 Hektar führt, hat Fotos mitgebracht: Gerne würde der 29-Jährige, der mit seinen Geschwistern den Hof vom Vater übernommen hat, den Schweinen Auslauf ermöglichen. Aber der Platz ist nach diversen Erweiterungen beengt. Darf er direkt an die Ställe anbauen? Wohl nicht. „Es ist schwierig, wenn ständig alles hinterfragt wird, die Rechtssicherheit und Verlässlichkeit in der Planbarkeit fehlt.“ Das Spannungsfeld zwischen Tier-, Klima- und Umweltschutz, das zeigt auch die anschließende Debatte, bleibt immens. Sophie Herr vom Bundesverband der Verbraucherzentralen unterstreicht die Notwendigkeit eines verbindlichen, staatlichen Tierwohllabels. Die

gleichnamige Initiative der Wirtschaft geht ihr nicht weit genug, zumal die erworbenen Produkte nicht zwangsläufig aus einem Betrieb stammen, der bereits nachgerüstet hat. Landwirte müssten gefördert, aber auch gefordert werden: „Die Regierung darf gesetzliche Maßnahmen nicht auf die lange Bank schieben.“ „In Ställen können Emissionen gefiltert werden. Bei Freilufthaltung nicht“, sagt Verbandsmann Schulz. Der Widerspruch Tierschutz und Umwelt lasse sich weitgehend auflösen, urteilt dagegen Martin Hofstetter von Greenpeace - der Widerspruch von günstigem Fleisch und Tierschutz nicht. Die Preissteigerung bei Butter habe aber gezeigt, dass Menschen ein Produkt weiter kaufen, auch wenn es teurer wird.

„Der Verbraucher kann nicht jeden Tag am Kühllager die Welt retten“, meint Sophie Herr vom VZBV. Auch Flokhard Isermeyer vom Thünen Institut im Geschäftsbereich des Ernährungsministeriums ist der Meinung, dass man dem Verbraucher nicht zu viel aufbürden kann. Durch die Initiative Tierwohl kämen 100 Millionen Euro zusammen. „Wenn wir das System grundlegend ändern wollten - und das ist möglich - bräuhete es Milliarden.“ Zu wenig beleuchtet, da sind sich die Redner einig, werde die Rolle des Handels. Der nutze längst nicht alle Spielräume, um den Konsum zu steuern. Dafür freilich müsse der Druck erhöht werden - von allen Seiten. Die Politik aber, sagt Isermeyer, „scheut den großen Wurf“.

MARIS HUBSCHMID

## Der Senat will weiter helfen

Ramona Pop appelliert an Lufthansa

BERLIN - Zumindest für das Bodenpersonal will sich der Berliner Senat weiter mit Air Berlin um eine Transfersgesellschaft bemühen. „Betriebsrat und Insolvenzverwaltung müssen nun zu einer Einigung für eine Transfersgesellschaft kommen“, meinte Wirtschaftsministerin Ramona Pop (Grüne). Dann könne auch der Senat Geld geben. Ein Air-Berlin-Sprecher sagte dazu am späten Nachmittag: „Der Interessenausgleich mit Sozialplan ist soeben unterschrieben worden.“ Es geht jetzt nur noch um eine Einrichtung für rund 1200 Beschäftigte des Bodenpersonals und nicht mehr um 4000 Beschäftigte, denen die Arbeitslosigkeit droht. Mitarbeitern, die nicht in eine Transfersgesellschaft wechseln, droht spätestens nächste Woche die Kündigung.

Mit dem Scheitern einer großen Lösung am Mittwochnachmittag begann so gleich die Suche nach Schuldigen. „Ich bedaure, dass es keine Einigung auf eine Transfersgesellschaft für alle Mitarbeiter gab“, sagte Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries (SPD). Bayern und Nordrhein-Westfalen seien nicht bereit gewesen, einen Finanzierungsbeitrag zu leisten. „Das müssen die Landesregierungen gegenüber den Mitarbeitern vertreten.“ Auch der Bund habe sich aus der Verantwortung gestohlen, kritisierte Verdi. Lediglich Berlin sei bereit, „soziale Verantwortung für Arbeitnehmer zu übernehmen, die über Jahrzehnte das Unternehmen mit ihrem Engagement unterstützten“, meinte die Gewerkschaft. Pop kündigte an, „jetzt müssen wir in Berlin schauen, wie wir den betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern helfen können“. Das Land habe Unterstützung für das Bodenpersonal signalisiert, das die größten Probleme bei der Jobvermittlung habe. „Wir erwarten, dass Air Berlin und Lufthansa sich substantiell beteiligen“, sagte Pop. Mithilfe einer Transfersgesellschaft gewinnen die Beschäftigten Zeit bei der Suche nach einem Arbeitsplatz und bekommen dabei, in der Regel für ein Jahr, noch einen Großteil des bisherigen Einkommens.

## Berliner Wirtschaft wächst stärker

IBB hebt Prognose an und ist optimistisch für 2018

BERLIN - Die Wirtschaft in der Hauptstadt legt noch mehr zu als erwartet: Für das laufende Jahr prognostiziert die Investitionsbank Berlin (IBB) eine Steigerung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um mindestens 2,5 Prozent. Bislang waren die Volkswirte von 2,2 Prozent ausgegangen. „Mittlerweile steht die Berliner Konjunktur auf einer deutlich breiteren Basis als noch vor einem Jahr“, sagte IBB-Chef Jürgen Allerkamp. „Neben den Konsumausgaben tragen nun auch die Investitionen zur Expansion bei.“ So hätten die Banken im ersten Halbjahr mehr Firmenkredite vergeben. Sie stiegen um 4,9 Prozent auf 82,1 Milliarden Euro.

Zudem stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten deutlich, das Wachstum lag monatlich bei bis zu 4,6 Prozent. Dieser Trend soll auch im kommenden Jahr anhalten. Im ersten Quartal 2018 könnte das Wachstum des BIP sogar noch weiter auf 2,7 Prozent steigen. Die Zahl der Beschäftigten soll auf 1,5 Millionen steigen. Die Arbeitslosenzahl könnte schon im ersten Halbjahr 2018 erstmals unter 160 000 fallen. Im weiteren Jahresverlauf werde die Dynamik laut IBB aber leicht nachlassen, so dass das Wachstum im Gesamtjahr etwa auf dem Niveau von 2017 liegen werde.